

wieder gefunden, muß der Posten selbstverständlich neu werden.

Am auch die wichtigen Debatte im Reichstage geworden. Man hat mich in perfiden oder einfalligen Zeugnissen vorgeworfen, ich hätte dabei die Krone preisgegeben. Ich kann auf den Inhalt jener Debatte nicht nochmals eingehen. Ich möchte hier nur meinen Standpunkt in der Sache darlegen. Nicht des veramtlichen Ministers und des Reichspostleiters ist es, die Krone zu bedauern. Dieser hat ich jedoch nicht genügt. Ich erinnere nur an meine Annahme gegen die Abgabe und Richter, bei deren Anwesenheit eine angelegte Kabinetsregierung. Deshalb auch mich zum Bekanntheiten des Interesses des „Dalla“ nach den Sachverhalt richtig gestellt und die Schuld auf mich genommen. Aber ich habe auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Volk nicht irre wird an dem Träger der Krone. Als preussischer Ministerpräsident habe ich die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die traditionelle Stellung der Krone gewahrt bleibt. In jenen schweren Tagen habe ich, wie jeder der vielen vorüberfliegenden gestimmten Männer hier sagen wird, als erster Kavalier gehandelt.

Ich habe ich noch auf dem Herzen. Ich höre so oft, die Krone müsse energisch vorgehen.

gegen die Sozialdemokratie.
Mein Verren, meiner Pflicht gegenüber der Sozialdemokratie ist mir sehr wohl bewusst. Ich glaube, es gibt niemand, der in dieser Richtung liegenden Gefahren klarer erkennt als ich. In der Richtung würde ich so wenig wie in anderer Richtung. Aber ich muß daran erinnern, daß es nicht gefehlt an gesetzgebenden Verfassungen, die Auswüchse der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Woran sind diese Verfassungen geübt? Nicht an der Regierung, sondern an der Uneinigkeit bürgerlicher Parteien! Ich weiß wohl, daß die Sozialdemokratie nicht nur die Monarchie, sondern, daß sie die Eigenschaften des Bürgers, die Machtstellung Deutschlands, die Elemente unserer christlichen und nationalen Kultur zerstört. Es ist wohl möglich, daß die Regierung im Laufe der nächsten Zeit wird, die Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien zu bekämpfen und das, was sie auf dem Gebiete für nötig hält, mit allen ihr zugewandten Mitteln durchzuführen. Um das zu tun, muß die Regierung aber die Überzeugung erlangt haben, daß die vorhandenen Mittel und eine stetige und fruchtvolle Anwendung der Mittel nicht ausreichen. Diese Überzeugung hat die Regierung noch nicht gewonnen, und worüber wir uns auch von hierin klar sein müssen, ist, daß ein Vorgehen auf gesetzlichem Wege und nun gar mit politischen Mitteln kein Hilfsmittel ist; worauf es ankommt, ist, daß die Regierung ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie auch wirklich erklärt wird, daß alle diejenigen, die nicht wünschen, daß es Sozialdemokratie gelingt, die Dämme und Weiche einzulegen, die unsere bürgerliche Gesellschaft schützen, die Regierung in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Dazu gehört auch, daß die bürgerlichen Parteien Maß halten in ihrer Kritik und nicht durch eine übertriebene Kritik die Autorität schwächen, die sie doch schützen müssen. Gerade der bürgerlichen Parteien ist es, die Regierung der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu unterstützen durch die Bekämpfung der Sozialdemokratie und das, was sie durch eine sachliche und berechnete Kritik der öffentlichen Klänge. In dieser Beziehung ist bei uns gefühmt. (Zusammenfassung.) Es hat noch keine Revolution gegeben, bei der die Massen nicht von oben und unten in Bewegung gesetzt sind, die müssen bescheiden, einfach und tüchtig sein, dann werden die Söhne behaupten, was die Väter erwarben. (Beif. Beif.)

Politische Uebersicht.

Salle, den 20. Januar 1909.

Aus dem Reichstage.
Der Reichstag erlebte am Dienstag den gesamten Tag in der Sitzung und danach noch ein Duzend kleiner Vorträge, unter das neue agrarische Gesetzesgebäude über die denig abzuführenden Kinder und Säuglinge.
Die Justizdebatte war lebhafter als am Montag; Herr Oberbürger war sehr viel aus seiner Temperamentslosigkeit nicht ausbreiten, und die meisten bürgerlichen Redner führten an, aus dem nebenstehenden Umständen, daß diesmal keine Resolutionen zum Tagesrat gestellt sind, Vorarbeiten für die Verhandlungen weiterherauszuholen. Unsere Genossen Franz Stadthagen verzählten den Schönfärbereien an sie sich in die harmlose Vergnügen. Franz wies an erlauten Stellen nach, daß das Inkraft der Massenjustiz fortgesetzt bald wirksam, bald gefällige Wägen trägt, und Stadthagen wußte vorant zu gehen, der alle zumutend über die deutsche Justiz gesprochen, der Kopf und hielt Herrn Seing zu erhalten in der Glorifizierung des Richterstandes an. Herr Stadthagen nahm die Gelegenheit wahr, auf der Stelle eine Antwort auf die Schornacherrede zu geben, mit der Herr Stadthagen im Dreifachbause sich die Zunderübergabe für seine persönlichen liberalen Sinne zu erkaufen gesucht hat. Der einzige Befehl, mit dem unsere Fraktion das vom Genossen Stadthagen vorgebrachte Cabour-Billat unterstrich, „mit Ausnahme des Mannes, der die Fraktion“, mag den Gegnern wenig, wie wenig wir etwaige Bismarck-Nachaherereien des liberalen-Maglers fürchten. Wilton in Bismarck-Tiefel gegen den Simplizismus, der ihn ja schon einmal in jeder Hinsicht Böse gebracht hat.

Von bürgerlicher Seite sprachen ein paar Duzend Redner. Alle Meinungen fand ein paar nicht gerade tiefsinnige, aber sehr treffende Wendungen gegen die fittliche Entwürdigung über die Arbeit, in der neuerdings wieder einmal das Zentrum sich, sowie gegen die Das auf Freizeiten, mit der sich die nationalpolitische auf Kosten der Steuerzahler bemüht. Der von Daimbowski lieferte Ergänzungen zu dem spärlichen Inhalt der preussischen Ständesämter gegen den unklaren Charakter, der am Ende polnischer Frauennamen. Herr Oberbürger, der den alten Angriff auf Stadthagen erwidert, die man seine Rede nur nennen, mit Recht hat er hervor, die die menschlichen Vorgänge in der Blomenschein-Bildnis nach der reichsgesetzlichen Regelung der Fürsorgeziehung geradezu fälschen. Ein würdiges Gegenstück zum Heber Fall, die süßlichen Verhandlungen, die sich die Frau des Berl. Arztes Verlangen gegen ihre halbweilige Stiefeltochter hat aufzuweisen lassen, nahm sich in dankenswerter Weise der Ultraliberalen Fälscher an. Die eide Dame ist bekanntlich mit der Strafe davongenommen, deren getarnte läppische Verlogenheit im schwebenden Gegensatz zu den dramatischen Urteilen Streitprogenen usw. steht. Wir wollen hoffen, daß nur die die Stimme des Redners und nicht der Umstand, daß die beherrschende Zeitgenossin Katholikin ist, Schuld daran ist, daß wir trotz gespannter Aufmerksamkeit den Namen der Frau ermann in der ganzen Rede nicht hören.

Erwähnt ich hier noch, daß die wenig bedenkenswerte Aufsätze, die standalösen Vorgänge bei der Einrichtung der Stete

Bei der sich befinden zu verdrängen, einem sächsischen Sozialist mit dem seltenen Namen Meyer anheimfellt. Befragter Herr Meyer war als Regierungsrat in der Tagung der internationalistischen kriminalistischen Vereinigung in Berlin anwesend, und leerte bei der Gelegenheit sein Glas auf die deutsche Freiheit und Gerechtigkeit.

Ein schönes Kapitel aus der deutschen Freiheit und Gerechtigkeit wird am Mittwoch verhandelt werden. Unter Initiativeantrag über die Rechte der ländlichen Arbeiter gibt dazu Anlaß. Vielleicht noch Herr Meyer wieder in den Reichstag.

Sur Wahlfreieisdemonstration in Dresden.

Die Verherrlichung der bürgerlichen Wähler über die Wahlfreieisdemonstration in Dresden enthält viele Unwahrheiten. Es wird a. B. angegeben, die Demonstration hätten die Polizisten mit Schlägen und Stößen angegriffen. Wie aus mehreren Augenzeugen aus Dresden berichtet wird, widerfuhr dies den Anwesenden. Die Demonstration befanden sich noch einige Schritte von der Polizei entfernt, als diese plötzlich laut rief und dann auf die Mäße loslief. Ferner wurde berichtet, daß ein Polizeioberwachter hier verurteilt sei. Dies ist auch nicht wahr. Die Schlußrolle erlitten nur einige leichte Verletzungen, die sie sich ebenfalls selbst durch Unvorsichtigkeit beigebracht haben können. Es ist auffallend, daß die Sanitätsmannschaften von den Unterbeamten der Polizei schlecht behandelt worden sind, und als sie Hilfe leisten wollten, sofort zurückgedrängt wurden. Dem Senat, dem die Hand verlegt wurde, muß wahrscheinlich der Damm abgenommen werden. — Nach den Berichten bürgerlicher Wähler sollen im ganzen 26 Verhaftungen vorgekommen sein, von denen 3 aufrecht erhalten werden. Verurteilt sind im ganzen 30. 20 Demonstrationen, davon 6—8 schwer.

Cerret sagt. Der unermüdete Verehrer der Krone, Herr Dr. Cerret, befaßt sich in seiner „Deutschen Tageszeitung“ mit der Dresdener Volksliste und schiebt natürlich alle Schuld auf die unbewilligten Demonstrationen. Als den einzig richtigen Standpunkt bezeichnet er: „Prinzipiell Verbot aller revolutionären Straßen-Demonstrationen. Straßen-Demonstrationen sind mit dem Geiste der Verfassung unvereinbar, weil politische Kämpfe nur im Parlament ausgefochten werden sollen.“

Schwarzfärberei und Steuerpolitik.

Am das badiische Ministerium ist ein industrielles Gutachten gelangt, worin als Folge der geplanten Valaststeuer der zu erwartende Abfall der Valastfabriken einer industriellen Kleinindustrie gefährdet und die Regierung zum Widerstand gegen das Steuerprojekt aufgefordert wird. Das Gutachten, das von einem der nationalliberalen Partei angehörenden Fabrikanten verfertigt ist, flagt aber auch die deutsche Wirtschaftspolitik an. In dem Gutachten wird die zur Schädigung der gesamten badiischen Einmalindustrie beitrug. Nachdem der Fabrikant in Aussicht gestellt, daß er nach Einführung der Valaststeuer seine Arbeiterzahl zur Hälfte heruntersetzen müßte, erklärt er:

Die Regierung ist sich ohne Zweifel nicht klar darüber, welchen enormen Schaden die Einmalwerke, speziell jene, die sich mit der Fabrikation der Einmalwerke befassen, schon durch die Handelsverträge erlitten haben. Durch die ganz außer gewöhnlich hohen Eingangszölle ist jeder Export geradezu ausgeschlossen und das ganze Geschäft in englische Hände übergegangen. Die Einmalwerte sind also fast ausschließlich auf den Bedarf in Deutschland angewiesen und wenn nun noch die Steuer eingeführt wird, so ist auch dieses Absatzgebiet so gut wie verloren.

Für die Schädigung der Industrie durch die Handelsverträge mag sich der nationalliberale Fabrikant bei seinen Parteifreunden bedanken, die bei der Beratung des Zolltarifs selbst vor einer Vergewaltigung der Reichspartei nicht zurückschreckten, um ihr Werk in Sicherheit zu bringen. Die Einmalindustrie ist nicht der einzige Gewinnerzweig, der die Kosten dieser Gesandtschaft zu tragen hat.

Die Leitung der badiischen Stadteingemeinde, in der mehrere Einmalwerke und andere mit ihnen zusammenhängende Geschäfte durch die Steuervorlage dem Ruin entgegengehen, hat sich durch eine Eingabe an das Ministerium der Warnung angeschlossen; ebenso die Handelskammer des Bezirks.

Deutsches Reich.

— **„Amthof“ heißt — falsch!** Die Denkschriften zur Finanzreform werden, soweit sie Zahlenmaterial bieten, immer verlässlicher. Das „Amthof“ Zählblatt hat herausgefunden, daß auch über die Matrinalbeiträge ganz verschiedene Zahlen angegeben sind. In der zuletzt erschienenen Zusammenfassung werden die Matrinalbeiträge für die Jahre 1872 bis 1878 mit 452,5 Millionen berechnet, während sie in Wirklichkeit nach einer schon vorher erfolgten amtlichen Richtigstellung 434,6 Millionen betragen haben. Man hat die ganze „Finanzreform“ mit falschen Zahlen machen wollen.

— **Ein neues Landtags-Dienste Gesetz in Sachsen.** In dem Entwurf über die Entschädigung an die Landtagsabgeordneten ist vorgesehen, daß eine Rauschallsumme von 3000 Mk. für die Session gezahlt wird. Die Summe wird in verschiedenen Raten, ähnlich wie beim Reichstage, ausgezahlt; die Mitglieder, die am Orte der Tagung, also in Dresden, wohnen, erhalten die Hälfte der Summe. — Für jede verfallene Sitzung werden 15 Mark, für die in Dresden wohnenden Mitglieder die Hälfte abgezogen.

— **Preussische Sparanstalt.** Im Etat des preussischen Kultusministeriums werden 5000 Mark als Entschädigung für den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg verlangt, zur Verstärkung der Kosten für ein Einfamilienquartier, das er in einem Hotel am Potsdamer Platz hat. Begründet wird diese Forderung damit, daß der in Potsdam wohnende Oberpräsident in seiner Eigenschaft als Präsident des Provinzial-Schulcollegiums etwa 30 Mal im Jahre zu Sitzungen nach Berlin fahren muß. Der Oberpräsident würde also für jede solche Reise nach Berlin nicht weniger als 105 Mk. bekommen. Dabei ist es durchaus nicht nötig, daß er in Berlin übernachtet; denn nach Potsdam gehen auch in später Nachtstunden noch Büge, und die Sitzungen des Provinzial-Schulcollegiums finden ganz gewöhnlich am mittendrähtigen Stunde statt. Es ist wohl geradezu überflüssig, mit dem Gelde der Steuerzahler in solch unvernünftiger Weise umzugehen.

— **Die Württembergische Klassenregierung** gibt gestern durch ihren Vertreter, den Minister von Weizsäcker, im Landtage erklären, daß sie im Bundesrat für die Gas- und Elektrizitätssteuer gestimmt habe. Das Reich sei noch wie in Rot gewesen und etwas anders habe man „nicht“ vorschlagen können. Die Behauptung dieser Partei Erklärung durch den Landtag ist noch nicht beendet.

— **Der Württembergische Reichstag** vom 17. März. Der neue Regent von Preußen, K. L. Christoph Friedrich XXVII. von Preußen, ist, wie bekannt, ein „Grosz-Hog“, d. h. ein Herr von Fleisch und Blut, ein, wozu jeder Mann aus dem Volke Zutritt hat, um seine Wünsche kundzutun. — Da Preußen ein nur

1/2 Duzend „Unterthanen“ zählt, ist dort die Möglichkeit dieser Art Populardiktatur der Fürsten gegeben.

Ausland. Frankreich.

Arbeitspropheten.

Paris, 19. Januar. Das Blatt „Le Paris“ antwortet auf das Dementi des Kabinetbüros bezüglich seiner Verurteilung vor dem Krieg: Clemenceau habe wirklich gesagt: Ich habe bei meinem Eintritt in das öffentliche Leben einen Krieg erwartet, ich werde einen anderen am 1. November meines Todes erleben. (O Das Blatt berichtet, Clemenceau habe in Gegenwart der Direktoren einer Anzahl Blätter, darunter die Direktoren des „Temps“, der „Debat“, der „Ouvrier“ usw. Worte gebraucht, welche dem Direktor des „Temps“ Veranlassung gegeben, zu erklären, es sei traurig, schuldlos, daß ein Kabinetchef seines Junges so wenig zügeln könne. Ein Vertreter des Blattes „Metropole“ erklärt, in französischen diplomatischen Kreise herrsche die Überzeugung, daß ein Krieg wahrscheinlich im Monat Mai (1909) ausbrechen werde. Französischerseits soll man sogar jetzt ungehalten über die Gleichgültigkeit sein, mit welcher Belgien die politische augenblickliche internationale Lage betrachtet.

In dieser Form klingen die Behauptungen recht naiv. Daß die internationale Lage gelappt ist, steht außer jedem Zweifel; um so bewundernswürdiger ist die leichtfertige Art, mit der man in den angegebenen Kreisen einen Krieg auslöst — ja, als ob das ein kleiner Spaziergang wäre! — Die Entscheidung über diese Dinge wird künftig das internationale Proletariat mehr in die Hände nehmen müssen! —

Die Altersversicherung.

Die demokratische Linde des Senats, die den Kammergruppen der Radikalen und Sozialradikalen entspricht, die früheren Ministerpräsidenten Bourgeois und Combes, sowie der frühere Justizminister Monis haben sich über eine endliche Befreiung der Erhebung des Geldes über die Altersversicherung geäußert. Der „Ampel“, das Organ der aufrichtigen Demokraten unter den Radikalen, hofft, daß in kurzer Zeit das Gesetz trotz des mühen Widerstandes der Reine-Bresse angenommen sein werde, zumal von den beiden am wenigsten von der Reaktion angegriffenen Mitgliedern des Kabinetts Clemenceau, dem Finanzminister Caillaux und dem Arbeitsminister Viviani, ein energisches Betreiben der Erhebung zu erwarten ist. Der Widerstand gegen das Gesetz im Senat richtet sich besonders gegen die obligatorischen Beiträge der Unternehmer, die b. gegen die Grundlage der ganzen Vorlage. Selbstredend hat dabei auch wieder die „individuelle Freiheit“ des Arbeiters herbeizuführen, den man, wie die kapitalistischen Interessenvertehrer hierzulande verzeihen, nicht wider seinen Willen zu Zahlungen heranziehen dürfe. Die Minister Caillaux und Viviani sollen aber entschlossen sein, den Zwangscharakter der Beiträge festzuhalten. Der Unternehmer soll verpflichtet sein, von der Arbeiterbeiträge bis zu einem Prozent von Umsatz und Gewinn einzubehalten; ist aber selbstverständlich für die Zahlung beider Beitragsquoten der Unternehmer wie der Arbeiter-Quote dem Staate verantwortlich. Die Auszahlung der Rente soll nach vollendetem 65. Lebensjahre beginnen.

Rußland.

Die Jagd auf Revolutionäre.

Petersburg, 19. Januar. Der politischen Geheimpolizei ist es gelungen, eine Gruppe von Terroristen in Petersburg aufzufinden, welche Anschläge gegen hochbedeute Beamte vorbereiteten. In der Wohnung eines Uhrmachers Neontim verarmlichen sich seit einiger Zeit gegen 30 Personen. Von diesen wurden, als die Polizei dort eindrang, 11 sofort und 17 noch im Laufe des Tages verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich drei Studenten. In dem Quartier des „Verführers“ wurde eine umfangreiche kompromittierende Korrespondenz und eine Reihe von Wintern verschwiegener im Ausland wohnender Revolutionäre aufgefunden.

Neue Normalschulen.

London, 19. Januar. Im März 1909, wie aus Petersburg gemeldet wird, mit dem Bau der neuen russischen Schladtschiffe von 22900 Tonnen begonnen werden. Die Kosten werden etwa 81 Millionen Rubel betragen. In drei Jahren soll der Bau vollendet sein.

Versteuert.

Im Verlaufe des Jahres 1908 wurden in verschiedenen Städten Rußlands infiziert 73 Verborgene, von denen 56 in russischer, 9 in polnischer, 3 in französischer, 2 in tatarischer, 2 in bulgarischer und 1 in jüdischer Sprache erchiene. Von allen diesen Organen wurden nur 14 auf Gerichtsbeschluß, alle anderen aber auf administrativem Wege auf Grund des Ausnahmestandes eingestell.

In Petersburg allein wurden eingestell 23 Verborgene, darunter 9 Gewerkschaftsblätter. An Strafen wurden auf administrativem Wege erhoben 1.000.000 Rubel (120 Mill.), darunter in Petersburg 230.000 Rubel und in Moskau 240.000 Rubel.

Amerika.

Einträglich „Geicht“.

New York, 19. Januar. Der Senat des Bundes in Senat erwiderte dem Kongreß um bessere Geldbewilligung für die Verfolgung der Panamakanal. Er erklärte, in den letzten drei Jahren sei der Bund um Land im Werte von 110 Millionen Dollars gebracht worden.

Pertien.

Die Rede des „Stegers“.

London, 19. Januar. Aus Petersburg hierher gelangte Meldungen belagen, daß es den Truppen des Schah nicht gelungen sei, die Revolutionäre zu beziegen und Tabris einzunehmen. Massenhinrichtungen finden dort im Namen des Schah statt. Viele Bewohner fliehen über die russische Grenze, so viel russisches Militär bereit steht, um einzuzutreten, sobald Europäer angegriffen werden oder das Autogebiet im sich greifen sollte.

Die Meldung sieht ganz russisch freier aus und ist ebenfalls mit großer Skepsis aufzunehmen: Der Schah hat die Revolutionäre schon so oft „bezogen“, daß eigentlich kein einziger von ihnen mehr am Leben sein könnte. —

Parteinachrichten.

Bergewaltigung im Süden wie im Norden. Wie die Freisinnigen zu Berlin, so haben in Rütth. V. die Liberalen im Stadteordnetenkollegium den Sozialdemokraten die Vertretung im Vorstand verweigert. Im Rührer Stabparlament sind unter 42 Mitgliedern 15 Sozialdemokraten, sie bilden die stärkste Fraktion des Kollegiums. Die Sozialdemokratie hätte also auf Grund ihrer Stärke Anspruch auf den ersten Vorsitzenden. Sie wollte sich aber mit dem zweiten begnügen. Der aus Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten bestehende Rathauskolleg hat ihnen aber dieses Recht nicht ausgehandelt, und zwar aus inhaltlichen Gründen. Die Nationalliberalen hatten verlangt, der Sozialdemokrat, der

weiter
außen
erklärt
m ä h i g
es in F
personli
nicht auf
Trotz erfo
erklärten
Sozialde
Wlad ha
Präsident
188. St
Der
dritter
entwun
Glas- u
Widmung
s e t o m
vermalt
Abg. A
Bundesst
ausgeru
die Staat
Nachre
alle zu
Nogelung
Abg. J
sicher Me
zu nome
berzue
Nebner
Entwurf
Nicolov
Trotz
des für
Stabs
Gefahr
Gefahr
berträge
Jenen i
Abg. D
famkeit
D. Reich
der beu
eingreif
gehen be
lichtbe
ist erbr
der Be
Strom
urteilung
Proble
Nobels
Nobels
tallige G
zurück
Stabs
Sie ist
d. (So
(Anru
die Nach
Abg. H
D. Reich
D. Reich
von am
anmalt
stern
einer B
lichter
ungfähr
nachdem
Stem
und ein
treten.
Abg. D
nach un
Grundst
Namen a
durch
solche
Eit
m
bitteren
leichte
Gefahr
Stellung
Staats
Regieru
Neitags

weiter Vorkommendes werden sollte, müßte sich allen repräsentativen Versammlungen unterziehen. Die Sozialdemokraten erklärten, der betreffende Beschlusse werde die geschäftsmäßige Repräsentationsfähigkeit übernehmen und auch, wenn es im Interesse der Stadt liege, dieses Interesse beim Richter persönlich vertreten. Die Nationalliberalen waren aber damit nicht zufrieden, sie verlangten, daß der betreffende Sozialdemokrat erforderlichenfalls „zu Hofe gehen“ müßte. Darauf gingen die Sozialdemokraten nicht ein, worauf die Nationalliberalen erklärten, ihre monarchische Gesinnung dürfe es nicht, einen Sozialdemokraten als zweiten Vorkommenden zu wählen. Der Vorschlag, daß die Sozialdemokratie überhaupt aus dem Präsidium ausfallen lassen.

Deutscher Reichstag.

188. Sitzung. Dienstag, den 19. Januar 1909, nachmittags 1 Uhr.
Der Handelsvertrag mit dem Freistaat Salvador wird in dritter Beratung ebenfalls angenommen. Der Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Reichshaushaltes von Staat-Verträgen und des Haushaltes der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1908 wird in dritter Beratung gleichfalls angenommen. Die Beratung des Etats für die Reichsjustizverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Kämpf (Freil. Vpt.): Die Rechtslage in den einzelnen Bundesstaaten ist gegenüber den Ministerialentscheidungen außerordentlich bunt. Die Staatssekretäre (sowie verständlich) scheint dem Vorkommenden für seine Ansetzung zu danken und von dem Interesse zu sprechen, welches die Regierung der internationalen Regelung des Wechselrechts entgegenbringt.

Abg. Dr. Jund (noll.) verbreitet sich über die Frage gesetzlicher Regelung der Tarifverträge, die er herbeiwünscht. Ebenso notwendig ist die Verleihung der Arbeitslosigkeit der Berufswörter.

Rechner geht dann auf die Notwendigkeit und Möglichkeit der Entlastung des Reichsgerichts ein und erwähnt das bekannte Reolutoriental, bei dem ein Richter verlegt und der Kanaker-Strahburger getötet wurde. Es sei Ehrenpflicht des Reichsgerichts für die Hinterbliebenen dieses Beamten einzutreten. Der Staatssekretär Dr. Nieberding: Es ist bedauerlich für die Hinterbliebenen des bei dem behaupteten Verfall und Leben Gefangenen außerordentliches zu tun. Die Frage der Tarifverträge behalten wir im Auge. Sie ist dem Reichstag des Innern überwiehen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Freil. Vpt.) lenkt die Aufmerksamkeit des Reichstages auf den internationalen geistigen Diebstahl, welchen die Wissenschaften durch die Werke der deutschen Literatur verüben. Das ar. tige Jhr sollte eingreifen. Die Kriminalpolitik zeigt ein. erdreißiges Vergehen der Verurteilungen. Namentlich das Herabgehen der Sittlichkeitsverbrechen trotz des Wachens der Volkzahl um 800 000 ist erfreulich und zeigt nichts von dem oft behaupteten „Gericht der Vermehrung“. Sehr zu beauern ist indessen, daß bei der Reform des Strafrechts die Aufhebung der beängstigten Verurteilung geplant wird. Die anhängende Novelle zur Strafprozessordnung wünschen wir möglichst bald zu erhalten. Die Novelle ist eine fleißige Arbeit, aber doch lidenhaft. Auch fiskalische Gesichtspunkte spielen dabei mit. Neben gar keine Verurteilungen, als eine, die man sie vorläßt. Die deutsche Staatsanwaltschaft erfreut sich einer tiefen Inpopularität. Sie ist zweifellos die unbeliebteste Behörde. (Sehr wahr! h. d. So.). Noch ein paar Worte über die Sittlichkeitsfrage. (Inruhe im Zentr.) Verständlich ist nicht, daß ich Resonanz für die Reduktion zu machen beabsichtige. (Schall. Geister.) Ich überlasse das reinen anderen Leuten. (Sehr gut links.) Der Bericht des öffentlichen Interesses wird von der Staatsanwaltschaft merkwürdig angeleitet. Bei linksstehenden Beamten schreibt die Staatsanwaltschaft nur ein, wenn sie sich einer Verleumdung schuldig machen. Rechtsstehende werden in sehr empfindlicher Weise geschilt. Am allermeisten macht die ungeschickte Behandlung der Angeklagten vor Gericht, je nach Stand und Geburt, welches Amt. Wäre dies anders werden und ein Wandelpunkt in der kriminalistischen Entwicklung eintreten. (Sehr Weif. h. d. Freil.)

Abg. Dr. von Driembowski-Boman (Vot.): Reichsrecht sollte nach unserer Verfassung vor dem Verrecht gehen, aber dieser Grundsatz wird nicht gehalten. Die politischen Parteien haben auf a werden von den Reichsgerichten anerkannt, aber durch Verordnung in Preußen und Sachsen werden den Polen solche Eintragungen in die Standesamtregister unmöglich gemacht. Das preussische Gesetz, welches in den polnisch besetzten Provinzen die Behauptung von Grundbesitz an obrigkeitliche Gemeindegemeinden bindet, widerspricht dem Freiheitsgesetz. Auch das preussische Expropriationsgesetz ist eine Verletzung reichsrechtlicher Norm. (Bravo! h. d. Polen.)

Staatssekretär Dr. Nieberding betreibt, daß die preussische Regierung und die preussische Gesetzgebung im Widerspruch zum Reichsgesetz stehe.

Abg. Dr. Franz (So.):

Herr Müller-Meinungen hat u. a. mit Genehmigung festgestellt, daß die Verurteilungen wegen Majoritätsverleumdungen seit 1903 zurückgegangen seien. Wollte er damit andeuten, daß nicht nur die Zahl der Verurteilungen, sondern auch die Zahl der Verleumdungen zurückgegangen ist, so ist keine richtige Quantität mit ihm zurückgegangen. (St.) Ich glaube, in den letzten vier Monaten sind mehr Majoritätsverleumdungen gegangen worden, als vorher in vier Jahren. (Weh. Just. Gr. Geister.)

Die Budgetkommission hat im Reichstagesamt einige Voten getrieben, die im wesentlichen zur Anschaffung von Schreibern bestimmt waren. Möge die Kommission ihren Rat nicht ebenso anwenden, wo es sich um kriegerischere Voten handelt, und um Maschinen für Schiffe und Festungen. (Geister.) Der Heine Brief soll wohl erheblich wirken und die viele Schreiber zwischen den Beamten einzeln, beispielsweise hatte ein Amt eine Nachsteuer auf 127 Mt. festgesetzt, die nachprüfende Behörde rechnete 128 Mt. heraus. Ich weiß nicht, ob die beiden Steuer jetzt noch darüber korrespondieren. (Geister.) Die Beamten haben eben ihre Tätigkeit rein mechanisch ohne höhere Gesichtspunkte und nicht selbständig betrieben. Jeder Beamte hat den Ruf nach Gesetzgebung. Diezeitel mehr ist jedoch durch die Rechtsprechung zu formen! Was ist a. B. aus den Bestimmungen des a. B. um Sorge der Mieter geworden? Die Hausbesitzer haben sie vollständig beiseite. Die sogenannte Vertragsfreiheit läuft in der Praxis auf die Willkür der wirtschaftlich Stärkeren hinaus. (Sehr wahr! h. d. So.) Ich erwähne daran, wie bei Strafen und bei jeder Ausprägung Laufende von Berührungspunkten der Arbeiter verfallen, weil die Arbeiter die Prämie nicht weiter bezahlen können. Und wie ihnen in solchen Fällen die in Abzahlung gelauteten Möbel genommen werden. Wo ist der Richter, der es in solchen Fällen mag. Prüfen zu gewöhnen, die über den Willen des einzelnen hinausgewachsen sind. (Sehr wahr! h. d. So.)

In Erwartung der beiden großen Reformen, dieser Zivilsinge, acht man beinahe ärtlich mit dem Staatssekretär u. (Geister.) Auch ich will eigentlich dieses freudigen Ereignisses (ern. Geister) nicht allzu trübsal sein. Eine Bemerkung scheint aber geben über die Verengung von Schülern und Gesellen aus Arbeiterkreisen. Im Mannheim wurde festgestellt, daß ein Arbeiter von seinem Unternehmer mit Entlassung bedroht wurde, wenn er das Amt als Gewächser erfüllt. (Hört, hört! h. d. So.) Eine derartige allgemeine Verengung der wirtschaftlichen Lebensarbeit geht auf den Pranger. (Auf h. d. So.) Und es wäre vielleicht nicht schlecht, die bei der Entlassung der Arbeiter zu verhindern, durch Strafbestimmungen für solche Unternehmer, welche die Arbeiter an der Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten zu verhindern zu versuchen. Ich will heute von den zahlreichen Sünden der Justiz ablassen, nur die „außerrechtlichen“ erwähnen. Schließen Sie daran die vielen Fälle, die unter dem Namen Klassenjustiz aufkommen, welche brauchen wir nicht mehr zu beweisen. Sie sind von hürter Seite anerkannt. Am 25. November wurde der Geschäftsführer der „Polstimmer“ in Kronfurt a. M. mit 200 Mark bestraft, weil er durch öffentliche Ausstellung einer Denkschrift zum Ungehörigen gegen das Reich ausgesprochen habe. Er hatte aber „nur“ einen Buchhändlerverbot ausgesprochen, welcher den Abdruck eines Aufsatzes aus dem Jahre 1848 aus der Wiener Revolution enthielt. Die Richter wußten es besser. Sie faßten er habe verurteilt, auf die Soldaten einzuwirken und an anderen militärischen Organisationen zu rütteln. Ich lege das Wort an den Tisch des Reiches nieder und verweise auf der Schluß des Wiener Aufsatzes. Es lese der konstitutionelle Kaiser des freien Vaterlandes. (Schall. Geister.) Da muß doch selbst ein Wunderleben, daß Deutschland nicht gemeint ist. (Sehr. Just. h. d. So.)

In Sachsen erklärt die Amtshauptmannschaft Verordnungen, nach welchen eine Anzahl Sozialdemokraten wegen Anführers eines Volksrats bestraft wurden und dieses gerad in folgenden Orten wo die Wälschbeide jahraus jahrein Sanktionen und Geschäftsleute boykottiert.

Wenn wir von Resolutionen Abstand genommen haben, so deshalb, weil wir der Reichsregierung Zeit lassen wollen, den malienhaften Stoff der im Vorläufe angenommenen Resolutionen zu bemitteln. Nach der heutigen Rede des Reichstages Willen im Abgeordnetenhaus dürfte es aber dem Bundesrat an der nächsten Zeit zu dieser Beschlusse gehen. Eine ich Veranlassung sprach der erste Beamte des Reichs seine Bereitwilligkeit aus, unter gewissen Umständen gegen die größte politische Partei Deutschlands mit Ausnahmegelegenheiten vorzugehen. (Sehr. hört, hört! h. d. So.) Vielleicht beschäftigen die Verantwortlichen hierzu schon jetzt die sofortige Zeit des Bundesrats den Willen der Wälschbeide gehen. (Sehr. Just. h. d. So.) Ich hoffe, daß wir schon heute unter Ausnahmegelegenheiten stehen. (Sehr. Just. h. d. So.) Es fragt sich sehr, wer bei einem offenen Ausnahmegelegenheiten besser fahren wird, die Sozialdemokratie oder ihre Gegner. (Wieder. leß. Just. h. d. So.) Es

mag ja sein, daß man durch das Diebstehlen mit Ausnahmegelegenheiten eine schwindende Managerherrlichkeit verlängern will. (Weh. Geister und Just. h. d. So.) Aber nochmals, um läßt es nicht sein, was man plant. Wir können auch das schine Wort: Mit Ausnahmegelegenheiten kann jeder Uebel regieren. (Stürmischer Beifall h. d. So.)

Abg. Fachsenberg (Zentr.) macht auf die vielfach zu milde Strafen in Prozessen gegen Kindermisshandlung aufmerksam. Auch der Schutz gegen Ausbeutung der Kinder sei nicht ausreichend. (Zentr.)

Abg. Bremer (Ant.) bittet um Verschärfung der Strafprozessform, der Stellung der Rechtsbeamten, Entlassung des Reichsgerichts usw. Klage über Vererbung der Jugend.

Abg. Göring (Zentr.) klagt über Konkurrenz, die die Geschäftswelt beim Handelsrecht macht.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Bei Neuregelung des Strafvollzugs wird die Frage der Gefängnisarbeit wichtig werden. Schlichter Gehaltswort: Die Verhörungen, von denen Herr Franz sprach, betreffen nicht den Vorfall, sondern gewisse Formen seiner Anführung. (Echo und Lachen h. d. So.). Diese Angelegenheit der Polizei hat mit der Justiz nichts zu tun.

Abg. Dr. Sedwiler (Freil. Vpt.) wünscht Verbesserungen im Bereich der Angelegenheiten mit ihren Straftaten, sondern auch bei der Justiz. Damit hat er nicht einmal die Zustimmung des „Hamburger Echo“ gefunden. Der Fürst Willow im Abgeordnetenhaus sich für Ausnahmegelegenheiten ausgesprochen hat, weiß ich nicht. Aber das weiß ich, meine politischen Freunde sind dafür nicht zu haben. (Bravo! h. d. Freil. lautes Geschrei h. d. So. und im Zentrum.)

Abg. Dr. von Driembowski-Boman (Vot.): Der Fürst Willow für Ausnahmegelegenheiten, beweisen die Gesetze gegen die Polen. Die Erklärung des Staatssekretärs hat nur bewiesen, daß er mitschuldig ist. Staatssekretär Dr. Nieberding verteidigt nochmals das Vorgehen gegen die Polen als mit den Reichsgesetzen vereinbar.

Abg. Heine (So.): Der sächsische Bevollmächtigte hat erklärt, daß die von meinem Kollegen Franz geringen Polizeiverordnungen die Justiz herabsetzen. Man kann höchstens sagen, daß die Justizverwaltung nicht in der Lage ist, diese falschen Urteile zu verhindern. Aber sie gehen sie sehr wohl an. (Zentr. h. d. So.). Wir liegt eine solche Verordnung aus Jüdau vor, in welcher mit Strafe bedroht wird, wer öffentlich aufleitet, aus einem bestimmten Geschäftsbetriebe Waren nicht zu entnehmen. Die bestimmten Beschlüsse sind nicht zu verhindern. Das ist im Widerspruch mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts, welches derartigen Vorfall für eine nicht gegen die guten Sitten verstoßende Handlung erklärt hat. Das Vorgehen der sächsischen Richter ist eine Verletzung. Sie sagen sich: „Das Reichsgericht kann uns sonst was.“ (Bravo! h. d. So.)

Abg. Stadthagen (So.): Herr Sedwiler hat behauptet, das „Hamburger Echo“ habe gegen meine Anführung polemisiert. Das trifft nicht zu. Es hat von Anfang bis Ende meinen Standpunkt eingehalten, daß der Urteil des Reichsgerichts in Hamburg gegen den Oesterreicherverband nicht aufrecht zu erhalten sei. Was die wiederholte eroberte Bewegung unter den deutschen Richtern auf Organisation anbetrißt, so wäre es wünschenswert, daß sie dem sympathischen Veruch der österreichischen Bewegung folgte. Die Richter unabhängig machen, anstatt die die Verleumdung. Die einige Richter empfinden, als Hauptprinzip der Bewegung anzusehen. (Bravo! h. d. So.)

Der Etat wird nach den Beschlüssen der Kommission bemittelt. Der Gesetzentwurf wegen Änderung des Wechselstempelgesetzes wird in zweiter Beratung mit einem Antrag Dr. von E. das Gesetz am 1. April 1909 in Kraft treten zu lassen, ebenfalls angenommen. In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf betreffend die Preisfestsetzung bei Markthandel mit Schladtisch nach den Beschlüssen der zweiten Lesung ebenfalls gegen die Stimmen der Freifreimigen und der Sozialdemokraten angenommen. In der Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Sitzung 1 Uhr 30 Min. und Genossen (So.) über die Vertragsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gefinbes. Schluß 6¼ Uhr.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Uebersicht und Parteinarbeiten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Kunst- und Vermischtes Karl Bodt, für Lokales Otto Kiebuhr, für Provinziales und Verammlungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

| | | | | | | |
|-----------------------------|------------------|----------------------------|--|------------------|------------------------|--|
| Räumungs-Ausverkauf! | ca. 28 900 Meter | Seidenstoffe | Besonders empfehlen einen Posten Merveilleux 15 M. Meter 1 | ca. 6200 Meter | Blusenflanelle | moderne Karos und Streifen Meter 29 Pf. 48, 38 u. |
| Räumungs-Ausverkauf! | ca. 68 000 Meter | Seidenband | Besonders empfehlen einen Posten Chinaband Meter 28 Pf. | ca. 16 500 Meter | Musselneimit | Besond. empfehl. einen Posten Meter 27 Pf. |
| Räumungs-Ausverkauf! | ca. 2 500 Meter | Ballstoffe | neue Dessins, vorzügliche Qualität Wert 1.00 jetzt 50 Pf. | ca. 6300 Meter | Wollmusseline | Prima Qualität, vornehme Dessins Wert 1.25 bis 65 Pf. jetzt |
| Räumungs-Ausverkauf! | ca. 2 500 Meter | Plisseestoffe | 110/115 cm breit, aparte Streifen Wert 1.95 jetzt 75 Pf. | ca. 2500 Meter | Kleiderleinen | weiss, prima Qualität Wert 90 Pf. jetzt 45 Pf. |
| Räumungs-Ausverkauf! | ca. 2 200 Meter | Spitzenstoffe | Spachtel und Tüll, neue Dess., vorzögl. Meter 1.26, 85, 88, 50 Pf. | ca. 2000 Stck. | Damen-Krawatten | u. Lavaliers geschmackvoll Neu. 75, 48, 35 Pf. 15 Pf. |
| Räumungs-Ausverkauf! | ca. 32 600 Mtr. | Spitzen u. Einsätze | Valencienne, Spachtel etc. nur 5 Pf. bess. Qualitäten Meter 25, 15, 10, 7 u. 5 Pf. | ca. 4200 Stck. | Damen-Gürtel | in Seide, Tresse, Gummi, Leder etc. Stck. 1.25 u. 40 Pf. 95, 60 u. |

Geschäftshaus

7. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Größtes Kaufhaus der Provinz Sachsen.




Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 20. Januar 1909.

An die Mitglieder des Sozialdemokr. Vereins für Halle a. S.

Auf Beschluß des Vorstandes findet wegen der öffentlichen Verammlung, welche zu heute, Mittwoch, abend nach dem „Volkspart“ einberufen worden ist, die für diesen Monat fällige Vereinsversammlung erst acht Tage später, am Donnerstag, den 28. Januar, statt.

Gleichzeitig eruchen wir unsere Genossen, für eine am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Volkspart“ stattfindende

Protest-Verammlung,

welche sich mit dem Vorgehen des preussischen Gehobad-Parlaments beschäftigen soll, schon jetzt mit allen Kräften zu agitieren.

J. A. Karl Reimund, Parteisekretär.

Parz 4/2/43.

Mendelssohn-Fest der Bildungs-Ausstellung.

Am 3. Februar 1909 jährt sich zum hundertsten Male der Tag, an dem Felix Mendelssohn-Vertrag worden wurde. Es geht sich wohl, dieses Tages zu gedenken, denn in dem Hamburger Bankersohn erblickt man ein der ersten musikalischen Talente der Deutschen, welches an melodischer Erfindungsgabe mit einem Mozart und Schubert wetteifern konnte. Gewiß reicht seine musikalische Gestaltungskraft nicht an das titanische Genie Beethovens oder der großen Bachs heran, und ebenso sicher ist, daß uns von Späteren Richard Wagner auf dem Gebiete der Oper höher steht. Dennoch können und sollen wir uns vor seiner feinen Schönheit nicht blenden, denn sein feines Melodienreichtum, die besonders seine Weber unermesslich macht, steht er uns viel tiefer näher als die großen, zu deren Verständnis sich die Masse des Volkes nicht emporgingehen konnte, weil es ihr an Verfassung und an Verständnis mit ihnen mangelt. Felix Mendelssohn stammt aus einer Familie, die es sich leisten konnte, künstlerischen Neigungen zu huldigen. Das Haus seines Vaters in Hamburg war der Sammelplatz wissenschaftlicher und künstlerischer Berühmtheiten, seine Mutter besaß eine starke musikalische Begabung; sie war es auch, die ihm den ersten Unterricht erteilte, als sein bedeutendes Talent erkannt war. Schon mit 19 Jahren begann er seine Laufbahn als Komponist, im 16. Lebensjahre schuf er das berühmte Streichquartett, das noch heute nichts an Schönheit und Kraft eingebüßt hat. Sein späterer Lebensweg war eine Kette von mehrerlei Erfolgen; um A. leitete er Jahre hindurch die hochberühmte Leipziger Gewandhauskapelle. Hier starb er auch im Alter von 38 Jahren, im frühen Tode das Schicksal so vieler begabter Menschen treffend.

Das Programm, welches der Bildungs-Ausstellung der Feier zugrunde liegt, setzt uns den Komponisten in seiner ganzen Schaffenskraft. Die im Jahre 1833 von dem 24-jährigen auf Reisen geschlossene Vierte Sinfonie in A-dur, aus italienische Sinfonie genannt, setzt ihn von der lebensfrohen Seite. Das Schlußstück des Programms, die Ouvertüre zum „Sommerabendstraum“ ist ein von den Werken, welche den Ruhm des erst 19 Jahre alten Mendelssohn begründeten, außerdem bringt der zweite Teil des Programms noch das Violinkonzert in E-moll, welches wohl die Ödier von Anfang bis zu Ende selbst spielte. Dazwischen wird das Leipziger Mendelssohn-Quartett, die von Herrn D. Henning, R. Briele, R. Friele und C. Schiebel angeordnet, vier der besten Werke des Gelehrten klingen. Das Orchester stellt Herr Kapellmeister Engelmann.

Der Arbeiterchor Halles wird hier von ihrem Bildungs-Ausstellung ein Kantatend von hoher Eigenart geboten, den zu verstehen wir im Interesse jedes musikalischen Arbeiters selbst beizubehalten werden. Der Eintrittspreis zu der Veranstaltung ist in jeder Arbeiterin ein so niedriger, daß jedem Arbeiter, der Teilnahme möglich ist. Die Karte kostet 30 Pf. und sind solche von heute ab im Arbeiter- und Parteisekretariat sowie in allen Gewerkschaftsbüros von 11^{1/2}-1 Uhr und von 5-8 Uhr zu haben.

Gewinnbringende Unternehmungen

besitzt die Stadt eine ganze Reihe, wenn auch ihr Ertrag nicht als wesentliches Moment für die Gestaltung des Haushaltsplans in Betracht kommt. Für das Jahr 1909 werden folgende Summen aus den verschiedenen Anstalten eingestellt.

Das städtische Gaswerk erbringt den Löwenanteil mit dem Ueberdruck von 560817 M., was einen Ueberertrag von 67 491,64 M. gegen das Jahr 1907 bedeutet. Gingen soll das städtische Wasserwerk 48 912 M., weniger als im Vorjahre abwerfen, das nämlich nur 152 028 M. Ueberertrag jetzt einen Ueberertrag von 25 000 M. gegen 170 000 M., also eine um 40 000 M. vergrößerte Einnahme. Der städtische Schlachthof überreicht bei 200 000 M. den vorjährigen Uebertrag nur mit 1000 M., bilanziert also sehr vortheilhaft.

Der Stadtbahn-Unternehmen gewinnt man an Miete für 1. April 1909/10 11 000 M. und als Anteil am Reingewinn (15 Prozent) 10 000 M. So daß also in diesem Kapitel ausfallungsfähigen Unternehmungen einen Ueberertrag von 996 345 M. gegen 981 765 M., also ein Mehr von 64 579,24 M. aufweisen. Davon brauchen Zuschüsse nicht in Abzug gebracht werden, denn der Viehhof erhält in diesem Jahre keine Zubusse mehr, er erforderte im vorjährigen Uebertrag nur 290 M.

Der gesamte Ueberertrag aus diesem Kapitel beträgt 996 345 M., also nur 8655 M. weniger als ein Million. Die Einnahmen von der Halleschen Straßenbahn gehören unter das Kapitel Verschickungen; von ihr besitz die Stadt einen mit 1902/03 M. veranschlagten Anteil an Betriebseinnahmen, gegen das Vorjahr 687,05 M. mehr.

Schicht absegnen

haben bei der Verteilung der Orden und Ehrenzeichen zum diesjährigen Erntefest die Knospfächer vieler geschätzter Mitbürger der Halle. Zwei Regimentkommandeure, ein Oberleutnant und der Bergbauminister wurden mit dem bromenorden zweiter Qualität bedacht. Vierter Güte war der

rote Arbeiterorden, den zwei höhere Eisenbahner, ein bitts Postbeamter, ein Professor, ein Amtsgerichtsrat und ein Landshaftdirektor erhielten. Des Allgemeinen Ehrenzeichens erlangen sich ein halbes Duzend geborene Unterbeamte und ein einziger Privatmann. Alle die Orden verdienen höchsten und höchsten Lob und die Dekoration ihrer Knospfächer und Ordensbrosche nicht nach wie vor ein gewöhnliches Glück Blume sein. Das ist schmerzlich für unsere gute Stadt. Aber freilich, denn wir der kurgem der Oberbürgermeister in einer Stadtkorrespondenz-Berufverammlung ausführte, der Weg von den Ministern in Berlin nach hier ein ungeacht ausdehnungsreicher ist, so dürfte dieselbe Straße von der Ordensanstalt nicht länger sein. Aber immerhin hätte man in Berlin nicht so ganz übersehen brauchen, daß es gerade in Halle eine Menge echt freistehender Männer gibt, die auch gern einmal nach der Reichshauptstadt zum Krönungs- und Ordensfest und was alles danach zu kommen pflegt, führen. Aber es ist schon so: wachres Verdienst soll selten belohnt und wenn die freien und sinnigen Bürger wollen noch hier und wieder einmischen, so werden nach ihren Bloß und Regierungsfreunden belohnen, müßten sie gar nicht mehr, daß es noch einen nationalen und vaterlandstreuen Bloß gibt.

Salle draußt Geld.

Durch die bürgerliche Presse gehen Mitteilungen des Inhalts, daß in nicht allzu ferner Zeit von der Stadt Halle eine neue Millionen-Anleihe aufgenommen werden solle. Wie hoch sie sein wird, welche Bedingungen ihr untergelegt werden sollen, darüber weiß noch niemand etwas zu melden, jedenfalls soll das eine feststehendes sein, daß man sich mit Kleinigkeiten nicht abgeben wird.

Nur neue Parkanlagen, Erweiterung öffentlicher Gärten und Kinderspielplätze sollen insgesamt 1 400 000 M. ausgenommen werden — wenn man sie hat. Hierbei hat man sich das Ziel gesetzt, die Stadt möglichst zur Eigentümersin des Saaleales und der Saaleufer zu machen, außerdem sollen die bisher etwas kümmerlich behandelten Stadteile im Süden und Osten öffentliche Anlagen erhalten, wie sie die dortige Einwohnerschaft schon seit Langem veranlaßt. Für den Südpark soll einschließlich der Grunderwerbverträge 350 000 M. veranschlagt, für den Park im Osten 250 000 M.

Die Mansberge will man ebenso wie die Ziegelwiese in den Besitz der Stadt überführen; einschließlich der Verdringung der Anlagen rechnet man für das erstere Objekt 50 000 M., während für die Ziegelwiese 275 000 M. als Kaufpreis genannt werden. Weides sind Pläne, die schon im Jahre 1891 die städtischen Kollegien beschäftigt haben. Weiter aber will man mit Ernst daran gehen, in den verschiedenen Stadteilen Kinderspielplätze und Schulpflege zu schaffen. Es werden dafür 200 000 M. verlangt.

Mit diesen Berechnungen bemühen sich Magistrat und fei-teiligste Deputationen, für längere Zeit den Finanziellern festzustellen und danach die Sachverwalter einen Anleiheprogramm vorzulegen. Es kann also noch sehr viel anders kommen und höchst wahrscheinlich wird es auch. Denn wenn erst die verschiedenartigen Sonderinteressen aufeinanderprallen, werden sich bedeutende Teile des ausstreichenden Zukunftsprogramms in Nichts verflüchtigen und den Kaufenden geht's wie dem Grunde, dem der Knochen ins Wasser fiel.

Das Schugstiller war ihm zu niedrig.

In der Nacht zum 4. November d. J. lief ein 21-jähriger Student, der später einmal Jurist werden will, in den Anlagen der Alten Promenade aus. Er hatte mit einigen Kommilitonen von 9 Uhr abends bis 3^{1/2} Uhr nachts geschickt und dann gelaßt, seinem Kauf in den Anlagen aufzuliegen zu müssen. Als ihm seine Kamerader zurücken: „Wenig, das kostet Geld“, eingeklagt der kleine Jurist: „Weshalb machen die hier die Geländer so niedrig, da kann man in bequem darüber hinwegsteigen.“ Da die Studenten bei ihrem Unfug auch den üblichen Sanktmal machen, schritt ein Polizist ein, der von dem in den Anlagen herumwandernden Mann eine Legitimation verlangte. Als der Anwohnerfremde ihm eine Abkommenskarte des Zoologischen Gartens einbandte, sagte der Polizist, eine solche Legitimation genüge ihm nicht und forderte den Studenten an, mit nach der Polizeistunde zu kommen. Da auch die Kommilitonen ihren Freund nicht legitimierten und lehrer sich energisch weigerte, mit nach der Wache zu gehen, wendete der Polizist Gewalt an, um den Studenten mitzubekommen. Erst war dem Beamten ein Kellner und dann ein Wächter bei der Arrestur beihilflich. Dem Studenten übernahm dabei das graue Kleid; er verurteilte sich in der Steinstraße an einem Hause festzuhalten und heute verurteilt laut, daß abernals die nächtliche Ruhe getrübt wurde. Auf der Wache gelang es dann, den Wiedererpfingsten zur Verurteilung zu bringen. Er erklärte vor Gericht, in welcher Nacht nach „angeseht“ gewesen zu sein und entschuldigte sich, daß er das selbsten Keuten gewöhnlich geschickt, mit finstlerer Trunkenheit. Der seinen Tage geborene Polizist hingegen beschränkt, daß der Läter sinnlos betrunken gewesen sei. Unsaumal und Gerücht lästern würde. Beirratet wurden wegen Verwehrens der Anlagen, Unfug und Widerstandes gegen die Staatsgewalt insgesamt 21 Mark Geldstrafe. Erkannt wurde auf 18 Mark Geldstrafe.

Haltung, Frauen! Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, welche neulich sind, sich an einer Parteiarbeit zu beteiligen, werden gebeten, am Donnerstag, 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Parteisekretariat, Parz 4/2/43, zu erscheinen.

Unsern Frauen hiermit zur Nachricht, daß unser monatliche Zusammenkunft ausfällt zugunsten einer großen, öffentlichen Frauenversammlung am Montag, den 25. Januar im „Volkspart“. Im Hinblick auf die werden in ähnlichen Verhältnissen, die städtischen Frauenvereinigungen stattfinden, in denen ebenfalls Genossin Daaber-Berlin über „Die Frauen und die Politik“ referieren wird. Nicht aber organisieren Frauen in es, für die Zusammenkünfte recht fleißig zu agitieren, damit wir allerorts auf einen guten Verdacht hoffen können und manche Frau für unsere Organisationsarbeiten referieren wird; zur Sprache gebracht werden. Die Verantwortlichen sind: Wilhelms, Dolau, Hebbin, Himmendorf, Jettin, Dämünde; in Halle im „Volkspart“ sowie im „Lezten Dreier“.

Die Forderungen der Sozialwirtschaftlichen sollen in einer vom Freitag, den 22. Januar, nachm. 3 Uhr in Rengers Konzersallen, Gr. Wallstr. 1, einberufenen Versammlung, in der Herr Direktor Reimund referieren wird; zur Sprache gebracht werden. Nach der Bundesratsberberatung vom Jahre 1902 hat das Bedienungspersonal (Kellner, Köche) alle 14 Tage bzw. 3 Wochen einen 24stündigen Ruhetag und eine tägliche Ruhezeit von acht

Stunden zu beanfuchen. Den Jugendlichen unter 16 Jahren ist eine 9stündige Ruhezeit angesetzt; auf die ungelerten Arbeiter bezieht die Verordnung keine Anwendung. Die Gehaltsgehälter verlangen nun eine Beschäftigung der Arbeiter auf das gleiche Personal; ferner fordern sie einen erweiterten Jugendlohn analog den Bestimmungen der Gewerbeordnung für jugendliche Arbeiter in anderen gewerblichen Betrieben und schließlich anstelle der im Salzwirtschaftsbetriebe unbrauchbaren Sonntagsruhe einen allmählich wiederkehrenden Ruhetag.

Dem Stadtkommissar, der nach dem Vorschlage des Magistrats zum 1. April angestellt werden soll, wird ein recht unbedingtes Recht gegeben, angestellter werden können. Der Stadtkommissar, zu dessen Entlassung der neue Beamte nicht sein soll, hat zu beauftragten 13 Volkshilfsbezieher, wozu am 1. April noch zwei kommen, mit 11 Anaben, 181 Mädchen — und neun gemischten Klassen, außerdem die Hilfskräfte für Schwachbedehte, 2 Mittelhilfskräfte mit 118 Klassen, endlich unternommen für 6 höhere Schulen und das Fortbildung- und Gewerkschaftsschulwesen. Der Stadtkommissar erhält die Oberaufsicht über die Mittel- und Volksschulen, und wird also den zum Magistrat gehörenden Schulausschuss erheblich entlasten. Früher war die Verteilung der Schulanteile so, daß der Stadtkommissar nur als Magistratsmitglied fungierte. Die Aufsicht über untere Volks- und Mittelschulen lag damals in den Händen eines besonderen, geistlichen Kreisinspektors. Mit dem Amtsantritt des Schulrats Wendel änderte sich der Zustand infolgedessen, als das Stadtkommissars- und Kreisinspektionsamt vereinigt wurden. Nun hat sich aber unter Schulwesen seit dem Amtsantritt des Herrn Wendel dermaßen erweitert, daß die daraus erwachsende Arbeit von einem Beamten nicht allein geleistet werden kann.

Stichtische. Bei der Gründung der Elektrizitätsgesellschaft des Saalekreises der großen Elektrizitätsgesellschaften mehrfach eingehend erörtert worden. Die Unternehmungen befaßten sich, wie ich sagte, nicht nur mit der Fabrikation; sie haben sich längst zu Finanzinstituten entwickelt, die neue Gesellschaften gründeten über sich an Verbindungen beteiligen, um Verbindungen für ihre Betriebe heranzuführen. Dieses Sollen der großen Gesellschaften wird auch von nicht wenigen kleinen Unternehmungen, besonders der Maschinenbauindustrie nachgeahmt. Auch die Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei, die ihren Sitz in Sangerhausen und Pörschke-Verbindungen in Halle, haben sich der Gründung von Niederfabriken und sicherte sich gegen Übernahme eines Teils der Aktien die Kapitalien. In den Jahren von 1896/95 bis 1899/1900 verteilte sie Dividenden von je 22^{1/2} Proz., in den drei darauffolgenden Jahren betrug die Dividende 15^{1/2} und 8 Proz., in den letzten Jahren kamen Dividenden von je 10 Proz. zur Verteilung. Der für den Besonderen die Vermaltung bekannt, daß sie für das Jahr 1907/08 keine Dividende zahlen könne, die Gesellschaft hat infolge der schlechten Resultate beim Betriebe der im Besitz der Gesellschaft befindlichen russischen Niederfabrik, sowie infolge notwendiger Mittelstellungen und Abänderungen auf Augenhöhe einen bedeutenden Verlust erlitten. Der Vorstand hat die Aktien der Aktien-Maschinenfabrik A. Wendel in Halle, die in Wiesbaden eine Niederfabrik gründete, um die Verluste für die Reueinrichtung zu erhalten. Ob die Wendel'sche Gesellschaft einen dauernden Gewinn aus dieser Gründung ziehen wird, wird die Zeit zeigen. Die Reueinrichtung der neuen Niederfabrik in Halle in diesen Werten möge den meinen heißen recht, wenn sie durch die Konkurrenz großer Unternehmungen genügend Luftzüge zu ausreichenden Breiten nicht mehr oder sehr schwer einbringen können. Sie glauben dann nach der ihr größer Unternehmungen sich auf dem Gründungsstadium behaupten zu können, überleben das nicht, das großen und gewaltigen Konkurrenz der großen Unternehmen und Obligationen der neuen Gründungen dem kapitalistischen Publikum antworten können, während ihnen diese Hilfe verweigert bleibt, sie selbst also das volle Risiko zu tragen haben. In der Arbeiterwelt sind die Ursachen der Nichtrentabilität mancher Unternehmung häufig nicht leicht erkennbar, um so eher werden sie in der Arbeiterwelt als in der Welt der Kapitalisten. Infolge der geänderten Vorgänge nur zu gern als Wirtungen der hohen Arbeitslöhne und der geliebten hohen sozialen Klassen“ hinzugesellen verurteilt.

Wendel'sche. Beirratet auf Grund amtlicher Quellen vom Patentverwalter des Ingenieurs Paul Brand, Halle a. S., Merseburgerstr. 181. Erteilte Patente: Nr. 210 206 573. Dampfkocher, Merseburger a. S., Verfahren zur gemeinsamen Verfertigung von Kartoffel- und Getreidemehl, Nr. 206 668. Brand, Merseburger a. S., Mehrspindel-, halbautomatische Faserwebmaschine, Nr. 170 206 680. Gustav Albin Olig, Weisenfels a. S., Maschine zum Zusammenheften von Blättern mit gegen die gelochene Schnittlinie des Blattes angeordneten Nadeln. Hermann Heuser, Eintragung, Nr. 84 322 033. Anton Brand, Merseburger, Halle a. S., Weidenholzmühle, mit Obertrieblich die Nahrung einer über dem Jahnd der Wälschereinfach liegenden, an dem mit erstem im Eingriff stehenden Nadelablenne angeordneten Uebertragung. Nr. 206 912 24. Wilhelm A. Friedrich Schmitt, Schmitt, Halle. Aus durch Reite angestrichen, an Handspindel, angeordnet Dueruelle und Regeleinrichtung beschriebene Antriebsvorrichtung für Vorderglieder von gelochten getriebenen Weirferran-Maschinen. Nr. 330 361 673. Oskar Wölfler, Halle a. S., Maschinenantrieb, bestehend aus einer Seiten, der Koppfen angeordnet Nadel mit Nadeln auf der Innenseite. Nr. 374. Firma Weiser-Elendentromm, in S. J., Halle a. S., Handlochkreis, bestehend aus Handlochkreis und Nadelnvorrichtung. Nr. 54 361 722. Ernst Schröder, Halle a. S., Schild bestreuen aus einer Heilmittelmasse mit einem Ueberaus von flüssigem Benzinöl. Nr. 64 362 233. Oskar Gelsche, Halle a. S., Berganigungsantrieb in Buchform mit nach Logen angeordneten Nadeln und Weidenholzmühle. Nr. 77 a 361 261. Hermann Heuser, Halle a. S., Weidenholzmühle, Nr. 80 a 361 901. Gustav Brand, Halle a. S., Mit Schwindeinrichtung und einstellbarer Auslaufvorrichtung versehener Antieparat für Nadelmaschinen und dergl. Auskünfte in allen Patentangelegenheiten werden kostenlos erteilt.

Und dem Bureau des Stadtkommissars. Die einzige Aufführung des diesjährigen Operettenspieler „Die Zollarsener gelin“ in dieser Woche findet am Freitag, den 20. Januar, im Saale der Kammerspiele, unter der Leitung von Schiller-Peruzzi und Kessler in Gena, die sofort nach ihrem Ertragsaufbring in Hannover einen durchschlagenden Erfolg erzielt hatte. Die Kritik nennt das Lustspiel ein Stück, dessen Erfolg auch den nächsten Besichtigungen werden dürfte, es möge man werden kann, das aber trotzdem der viel leicht gerade deshalb den lebhaftesten Beifall zu erzielen vermochte und herzlich belacht wurde: — Sonnabend nachmittags „Wilhelm Tell“ (Schillerpreis). Abends „Mignon“ (Stalparie: Marie Fiebigler). Sonntag nachmittags: „Der Betrugshändler“. Abends: „Don Juan“.

Obstschädel. In der Nacht zum Dienstag wurde in der städtischen Mühlgasse eine Straße abgefallen, wobei in einer Höhe von 10 Fuß ein Arbeiter, der auf dem Fußboden des Hauses nach unten angetroffen wurde. — Natürlich war es nur Pechschicksal, welche diese Proliferier bestraft, in einem Einzelfall schuldigen Unterfangen zu fügen.

aus dem Resultat bestimmen. — Die nächste Versammlung soll sich mit Anträgen zur Generalversammlung beschäftigen. Ferner wurde beschlossen, an einem Sonnabend im März im Reichertshaus ein Kränzchen zu veranstalten. — In Sachen des bekannten Rechtsfreies wurde zur Kenntnis gegeben, daß die abgetretenen Mitglieder Berufung eingeleitet haben. (12. 1.)

Bräuerei-Arbeiter-Verband, Halle. In der Generalversammlung am 3. Januar gab Kollege Quatmann die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung. Die Abrechnung vom Weihnachtsergebn gab einen Ueberschuß von 46,35 Mk. Die Agitations-Kommission teilte mit, daß sie versucht habe, in Eisen, Bannern, Bierfeldern und Bitterfeld die dort beschäftigten Brauereiarbeiter dem Verbande anzuschließen. Dort sind die dem Verbande beigetretenen wieder aus den Reihen der organisierten Arbeiter ausgeschieden. Würde man die Agitation so intensiv betreiben können, wie hier am Orte, so würde jedenfalls die Gewinnung der Brauereiarbeiter nicht so schnell wecheln. Kollege Göttinger erstattete Bericht über das verflozene Jahr. Versammlungen wurden 19 anberaumt. In Sitzungen fanden 44 statt. Die Tätigkeit des Vorstandes in Arbeitstage umgerechnet, nahm volle 95 Tage in Anspruch, die meisten Versammlungen verurteilte der Sekretar. Die Mitglieder waren mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden und bewilligten für die außerordentlichen Arbeiten 70 Mk. Folgende Kollegen wurden in den Vorstand gewählt: Göttinger 1, Marks 2, Borchert 1, Kuffner 1, Quatmann 2, Denge; als 1. Schriftführer Gull, als 2. Strauß. Revisoren wurden Böhm 1, Sedinger und Anner. Als Kartell-Delegierte fungieren die Kollegen Strauß, Mühl und Dörfler. Die Agitations-Kommission besteht aus sechs Kollegen. Weiter wurde ein Vermögens-Anschluß von vier Mann genehmigt. Als Unterstützter kamen 41 Kollegen in Betracht. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, daß bei Sterbefällen der Mitglieder pro Person 25 Pf. zu entrichten sind, von diesem Geld soll ein Nachruf in der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ und im „Volkswort“ veröffentlicht werden, das übrige Geld fließt den Angehörigen zu. Von einem Vorstandsmittagessen der Kassenkasse wurde darauf hingewiesen, daß die Statuten besser beachtet werden. Wenn das nicht geschieht, ist der Vorstand der Kasse genötigt, andere Schritte zu unternehmen. Beschwerte wurde noch geführt über die Freiberger Brauerei und soll, wenn die Angelegenheit der dortigen Vierfabrik nicht bald ihre Erledigung findet, die Deffinitivität Kenntnis davon bekommen. (13. 1.)

Briefkasten der Redaktion.
 A. R. Das wäre ja noch schöner. Da hat der Lehrer nicht mehr Recht wie der Privatmann: Fremde nicht seiner Klasse angehörende Kinder darf er überhaupt nicht schlagen.
 J. S., Garg. Apfelmis ist daselbe wie Orange. Mitunter wechselt der Name für die einzelnen Abarten.

H. G. Döben. Die Arbeitervereine, Berlin.
 H. S., Oherfeld. Der betreffende Bericht ist uns nicht zugegangen.
Sanderdorf. Strafanzeige gegen einen Beamten richtet man an die Staatsanwaltschaft. Privatleute denunziert man nicht. Im übrigen raten wir Ihnen, dabei recht vorsichtig zu sein.
H. M. 38. Behördlich angeordnete Desinfektionen sind nach der Gebührensordnung von 1893 loszulassen. Weisen Sie vor Anordnung von Zwangsmaßnahmen die betreffende Behörde darauf hin.
H. B. 100. Wir können die Verhältnisse dort nicht unteruchen. Sehen Sie doch freundlichst den dortigen Bericht an.
H. S. 7. Die einzige Möglichkeit, etwas gegen die unberechtigten Absätze zu unternehmen, besteht in der Privatklage gegen die Herrschaft. Wenn die Sache sich so verhält, wie sie sich schildern müssen Sie gewinnen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Flächträger 17er.
 Meiningen, 20. Januar. Hier führten Verhaftungen gegen den § 176 des Str.-G. B. zur Einleitung eines Verfahrens. Ein in daselbe mit verdächtigter Hofbeamter ist nach Frankreich geschickt.
Gegen die Verkehrsbeschränkung.
 Weimar, 20. Januar. Wegen der Erhebung von Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen hat gestern hier ein aus allen Teilen des Deutschen Reiches und von den Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen Körperschaften abgehaltene Besondere Versammlung auf das entschiedenste Stellung genommen.
Neun Monate sind ihm zu wenig.
 Jhehoe, 20. Januar. Der wegen der Mißhandlungen von Fische-Walden zu neun Monaten Gefängnis verurteilte Hausboier Colander hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt.
Polizeilicher Streifenverkehr.
 Paris, 20. Januar. Wegen eines gefürchten ausgebrochenen Streifs der Rintoppfen, deren Forderungen bisher nicht bewilligt wurden, werden mehrere Reiterungen, die zu den Hauptsegen Zufucht nahmen, polizeilich bewacht.
Die mitrainingen Tärken.
 Konstantinopel, 20. Januar. Das Votivkomitee erklärte in einer Konferenz dem Ministerium, daß der Votiv für österreichischer Waren erst dann aufgehoben würde, wenn das

türkische Parlament die österreichisch-türkische Verständigung sanktioniert habe. An eine Aufhebung des Boykotts vor Ablauf von drei Wochen sei nicht zu denken.
Serbische Kräfte.
 Belgrad, 20. Januar. Eines der ersten Belgrader Blätter bringt einen inspirierten Artikel, in dem behauptet wird, daß, wenn die europäischen Mächte Oesterreich-Ungarn nicht bewegen würden, die serbischen Bedingungen anzunehmen, der europäische Friede ständig bedroht sei.

Veranstaltungen-Anzeiger.

Im Interentheil der heutigen Nummer werden folgende Veranstaltungen veröffentlicht:
 Halle: Zentral-Krankenkasse der Maler, Freitag, 22. Jan. Böttcher-Wdrmlitz: Deffinitive Brauer-Versammlung, Sonnabend, 23. Jan. Leipzig: Deffinit. Treichl-Versammlungen, Sonntag, 24. Jan. Wittenberg: Gewerkschaftskartell, Freitag, 22. Jan.

Literarisches.

„Kommunale Praxis“. Von dieser Wochenschrift sind die Hefte 1 und 2 der neuen Jahrgangs erschienen. Der Heftartitel der Nummer 1 „Rom Sieg um neuen Kampfen“ resumiert noch einmal kurz die großen Erfolge, die unsere Partei im Jahre 1908 auf kommunalem Gebiet erritten hat und schließt mit einem Appell an unsere Parteigenossen, auch im neuen Jahre unermüdetlich für unsere Forderungen tätig zu sein.
 Besonders Interesse dürfte auch der Heftartitel in Nummer 2 erwecken, der sich mit dem Hildesher Waldreichtum beschäftigt. Der Abonnementpreis für die wöchentlich einmal erscheinende „Kommunale Praxis“ beträgt 3 Mk. pro Quartal. Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Holportreure, sowie Postanstalten entgegen. Probennummern frei vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Kuferte
 -Kindernahrung
 -Krankenkost
 Tausendfach bewährte Nahrung bei:
 Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Apfelsinen und Zitronen.
 Apfelsinen 10 Stück 40, 30, 25, 18 Pf.
 extra grosse 10 Stück 55 Pf.
 Zitronen 5 Stück oder 3 Stück 10 Pf.
Apfelsinen in Kisten:
 420 ex = 14⁰⁰ || 714 ex = 19⁵⁰
Nussbaum, Grosse Ulrichstrasse 60/61.
 Leopold

GERMANIA
 Vereinigte Brauereien Halle-Döllnitz.
Pilsener Cabinet :: Kaiserbräu Münchener Brauart :: **Caramel-Malzbiere**
 Nur hochfeinste Qualitäten
 gelangen in vielen der besten und besuchtesten Restaurants zum Ausschank.

Einem geehrten Publikum empfehle zu den bevorstehenden **Maskenbällen** mein reichhaltiges **Kostüm-Lager** zur gefälligen Vererbung.
M. Radike, Zeitz, Fabrikstrasse 8.
Bettmässen
 Befreiung garantirt. Aerztl. empfl. gins. Dankeschrieb. Alter u. Geschlecht angeh. l. Brosch. umsonst.
 Institut „Sanitas“ Völkner H 52 Bayern.
 Nora-Dormerstr. Schlachthofstr. Albert Dahler, Zeitz, Poststr.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren-Magazin der **Vereinigten Tischlermeister,** Kleine Steinstraße 6, empfehlen ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.

Achtung! Schmiede!
 Eine gute Existenz!
 Eine **Stemlede** mit Hausgrundstück, Obst- und Gemüsegarten zu verkaufen. Anzahlung 3-5000 Mark.
 Näheres durch:
Karl Thon, Osterfeld, Wegba. Weidenburg.

Papier- u. Pappenabfälle kaufen jeden Morgen **H. Braunsdr. 20.**
Lumpen, Metalle, Papier, Eisen etc. etc. kauft **Albert Bodejan, Gr. Klausstr. 22.**

Wie sag' ich's meinem Kinde?
 Gespräch über Erziehung v. Phänomen, Tieren u. Menschen.
 Dr. med. **F. Siebert,** Preis 1.50 Mk.

Was jeder junge Mann zur rechten Zeit erfahren sollte.
 Ein Buch zum Schutze vor den Folgen der Unvorsichtigkeit und der Unvorsichtigkeit in geschlechtlichen Dingen.
 Von Dr. med. **Hastreiter,** Oberstabsarzt a. D.
 - Preis 1.50 Mark. -
 Zu beziehen durch alle Buchhändler und die **Verlagsbuchhandlung.**

Leiterwagen von Mk. 2.25 bis Mk. 25.00 mit starken Rädern und Buchsen, taugt man am besten bei **M. Bär, Gr. Ulrichstr. 54.**

Wer Stellung sucht besuche die „Deutsche Verbandszeitung“ Besinnung 125.
 Suche eine **Wirtschafterin** für ein Kind in Alter von 5-13 Jahren. **Max Ritter,** Bergarbeiter.
Wohnmüssen, Sabergasse 10.
Ehreneklärung.
 Stiermit nehme ich die gegen Frau Joha getane Verleumdung zurück. **Fran Nospok.**

R. Gottschalk's
 Masken- und Theatergarderoben-Verleih-Anstalt
 jetzt nur **Grosse Wallstrasse 7,**
 hält seine reichhaltige Auswahl neuer, feiner **Herren- und Damen-Masken-Kostüme** bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Schraplau.
Arbeiter-Gesang-Verein Lyra.
 Sonntag d. 24. Januar im Bürgergarten **grosser Maskenball.**
 Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.
 Karten im Vorverkauf à 40 Pf. sind zu haben bei den Sangesbrüdern Schab, Kunze, Richter, Kaiser, Vollack, Bürgergarten. An-Stedten: Petermann, Babbe, J. Eperstedt, König. — **Masken sind von nachmittags 3 Uhr an im Lokal zu haben.** Der Vorstand.

Zetzsch. Sonntag, d. 24. Januar, im Gefäß zum grünen Tal **Volks-Maskenball,** wobei 4 Preise zur Verteilung kommen. **Anfang 6 Uhr.** Der Vorstand. **O. Sturm.** Masken-Anzüge liegen im Vereinslokal aus. **F. C.**

Künstliche Zähne etc.
 Spezialität: **Schmerzloses Zahnziehen.** Zahlreiche Anerkennungen. **Talzhaltungen.** Halle a. S., **Willy Muder, obere Leipzigerstr. 37** vis-à-vis Rotes Ross. Tel. 2483.

Jimmalin
besten Schuttpulz

Vertreter für Halle a. S.: **Kurt Pille, Sternstr. 5a.**
Franz Grillparzer's sämtl. Werke.
 Neue, illustrierte Pracht-Ausgabe. **Vorgangspreis 3.50 Mk.**
 Herausgegeben von Rud. von Gottschall.
 Diese Ausgabe ist nur erhältlich in unserer Volksbuchhandlung, **Straß 42/43** und bei A. Leopold, Zeitz.